

Februar 2024

Länderbericht

Regionalprogramm Golf-Staaten &
Regionalprogramm Sicherheitspolitischer Dialog Ostafrika



Eskalation im Roten Meer

Die militärische Dimension, der Bundeswehreinsatz und das Kalkül regionaler Akteure

Philipp Dienstbier, Gregory Meyer, Nils Wörmer

Die Entsendung der Fregatte Hessen ins Rote Meer wurde im Vorfeld als der gefährlichste Einsatz der deutschen Marine seit Bestehen der Bundeswehr bezeichnet und zielt auf den Schutz elementarer nationaler Interessen ab. Dabei zeigt sich, dass gerade diese Marinemission zentrale Annahmen und Planungen deutscher Verteidigungspolitik der vergangenen zwei Dekaden ad absurdum führt. Eine Rückkehr der Bundeswehr nach Ostafrika galt lange als genauso unwahrscheinlich, wie ein Luftverteidigungsszenario gegen eine nicht-staatliche bewaffnete Gruppierung. Nun konfrontiert die jemenitische Huthi-Miliz die Seestreitkräfte der USA mit einem vornehmlich iranischen Waffenarsenal, das dem vieler anderer nicht-staatlicher Gewaltakteure an Qualität deutlich überlegen ist. Während Europa verteidigungspolitisch fast vollständig an der NATO-Ostflanke gebunden ist, zeichnet sich ab, dass die konfliktbehaftete Region um das Rote Meer als zusätzliche sicherheitspolitische Herausforderung längerfristig Engagement und Ressourcen erfordern könnte. Schließlich sind die maritime Handelsroute zwischen Suezkanal und Bab al-Mandab und der Zugang zum indopazifischen Raum von zentraler wirtschafts- und sicherheitspolitischer Bedeutung für Deutschland und Europa.

Konflikt in ökonomischer Schlüsselregion

Seit dem 19. Oktober 2023 greift die von Iran unterstützte jemenitische Huthi-Miliz Ziele in Israel und vor allem zivile Handelsschiffe im Roten Meer, im Golf von Aden, im Arabischen Meer und im Golf von Oman an. Die politische Führung der Huthis, die wichtige Teile des ehemaligen jemenitischen Staatsapparats und etwa die Hälfte der Bevölkerung Jemens kontrolliert, verbindet mit ihren Angriffen die Forderung an die israelische Regierung, ihren militärischen Einsatz gegen die Terrororganisation HAMAS im Gaza-Streifen und andernorts einzustellen. Entgegen den Erklärungen von Huthi-Vertretern, die Angriffe richteten sich ausschließlich gegen israelische Ziele und Schiffe, die Israel ansteuern, werden

permanent auch Schiffe beschossen, die keinen Israel-Bezug haben.

Die ökonomischen Auswirkungen der Huthi-Angriffe auf den Schiffsverkehr im Roten Meer und Golf von Aden sind enorm. Die hier auf dem Meeresgrund verlegten Unterseekabel stellen nicht nur die Infrastruktur für fast ein Fünftel des weltweiten Internetverkehrs bereit,¹ auch verlief bis vor Beginn der Angriffe zwölf Prozent des Welthandels über die Schifffahrtsroute durch die Bab al-Mandab Meerenge und den Suezkanal. Europa bezog sogar 99 Prozent der Containerimporte von seinem wichtigsten Handelspartner China über das Rote Meer.² Daher ist Europa von der Stabilität in der Region wirtschaftlich stärker abhängig als die USA und somit aktuell besonders betroffen. Seit Beginn des Ukrainekriegs stieg zudem die Energieabhängigkeit Europas von den Golf-

¹ Anfang 2024 drohten die Huthis mit Angriffen auf die Unterseekabel, wobei von Experten angezweifelt wird, dass hierfür die militärischen Fähigkeiten vorhanden sind. Vergleiche hierzu Schneider, Jan 2024: Können die Huthi das Internet lahmlegen?, ZDF Heute, 09.02.2024, in <https://t.ly/CBku9> [26.02.2024] und Gardner, Frank

2024: Could the Houthis sabotage undersea cables?, BBC, 07.02.2024, in <https://t.ly/SfHFd> [26.02.2024].

² Vgl. Economist 2024: Is China a Winner from the Red Sea attacks?, 01.02.2024 in https://t.ly/2bW_t [26.02.2024].

Staaten deren Öl- und Gaslieferungen teilweise durch die Wasserwege vor dem Jemen laufen. Der durch die Huthi-Angriffe erzwungene bis zu 6.000 Kilometer lange Umweg für die Schifffahrt über das südafrikanische Kap der Guten Hoffnung und weiter entlang der westafrikanischen Küste führt zu einer Verdoppelung bis Verdreifachung der Transportkosten, die im Schnitt zwei Prozent zusätzliche Preisinflation in der EU bedeutet. Nach Angaben des Europäischen Auswärtigen Dienstes entstehen für die Weltwirtschaft dadurch zusätzliche Kosten von 360 Millionen Euro pro Stunde. Die längeren oder teilweise ganz unterbrochenen Lieferketten führten zeitweise zu Produktionsstopps in Europa, so auch bei Suzuki in Ungarn, Volvo in Gent und beim Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide.

Prosperity Guardian: Die unmittelbare US-amerikanische Reaktion

Nachdem im vergangenen Herbst im Roten Meer und Golf von Aden eingesetzte US-amerikanische, britische und französische Kriegsschiffe mehrfach von den Huthis abgefeuerte Flugkörper abgefangen hatten, kündigte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am 18. Dezember 2023 die Einrichtung einer internationalen maritimen Sicherheitsinitiative an, die unter dem Namen Operation *Prosperity Guardian* unmittelbar ihre Operationen aufnahm.

Die multinationale Koalition wird von einem Admiral der US-Marine aus dem Hauptquartier der 5. US-Flotte im bahrainischen Manama geführt. Der militärisch wesentlich von den USA und Großbritannien getragenen Koalition waren zunächst 18 weitere Staaten beigetreten, von denen einige ihre Unterstützung nicht öffentlich erklärten. Zu den bekannten weiteren Koalitionären gehören Australien, Neuseeland, Kanada, Dänemark, Griechenland, die Niederlande, Norwegen, Bahrain, die Seychellen, Singapur und Sri Lanka. Frankreich, Italien und

Spanien traten entgegen ursprünglicher Bekundungen nicht bei und unterstellten ihre in der Region befindlichen Kriegsschiffe folglich nicht dem US-Kommando. Die Bekämpfung von Stellungen der Huthis an Land durch britische und US-amerikanische Luft- und Seestreitkräfte, die erstmalig am 12. Januar 2024 erfolgte, wird von einer Reihe von Staaten, die an *Prosperity Guardian* beteiligt sind, zwar unterstützt, findet formell gesehen aber separat von der Marinemission statt.

Deutschland hat die Angriffe der Huthis mehrfach im Rahmen der G7, der EU und der NATO verurteilt und wurde am 19. Dezember 2023 seitens der USA angefragt, sich militärisch an *Prosperity Guardian* zu beteiligen, wozu es jedoch nie kam. Letztendlich entschieden sich die meisten europäischen Staaten für eine eigene EU-Mission, die exakt zwei Monate nach Beginn der US-amerikanisch-britischen Operation beschlossen wurde. Dänemark und die Niederlande beteiligen sich zunächst an *Prosperity Guardian*, haben aber in Aussicht gestellt, ihre Einheiten künftig ebenfalls der EU-Mission zu unterstellen. Ausschlaggebend hierfür war offenbar, das Anliegen, sich als See- und Handelsnation sehr schnell mit einem eigenen Beitrag einzubringen und weniger die unterschiedliche Ausgestaltung der Mandate.

Langes Warten auf EUNAVFOR Aspides

Zunächst präferierte die Bundesregierung offenbar eine Rückkehr in die EUNAVFOR Atalanta, deren auf Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika ausgerichtetes Mandat allerdings grundlegend hätte geändert werden müssen. Nachdem sich diesem Ansatz vor allem die spanische Regierung als gegenwärtige Führungsnation von Atalanta aus innenpolitischen Gründen verweigert hatte,³ war kurz im Gespräch, die seit Januar 2020 andauernde EU-Mission in der Straße von Hormus *European Maritime Awareness in the Strait*

³ Offenbar konnte die spanische Regierung keine Mehrheit zustande bringen und gibt als offiziellen Grund an, dass Spanien sich nicht an einer Mission im Roten Meer beteiligen werde, da es sich anderen Missionen wie Atalanta fest verpflichtet fühlt, die sehr viel abverlange; vgl. Reuters 2023: Spanish PM open to

creation of new EU mission to protect vessels in Red Sea, Reuters, 27.12.2023, in <https://shorturl.at/elt47> [26.02.2024] und Reuters 2024: Spain will not intervene in Red Sea - defence minister, Reuters, 12.01.2024, in <https://shorturl.at/jpY49> [26.02.2024].

of Hormuz (EMASoH) unter französischer Führung zu erweitern. Schlussendlich wurde am 8. Februar die Einrichtung einer neuen Mission unter dem Namen EUNAVFOR Aspides (altgriechisch für einen antiken Schutzschild) beschlossen – über 100 Tage nach dem ersten Huthi-Angriff.⁴ Die bestehenden EU-Missionen in der Region, Atalanta und EMASoH werden, bei sich teilweise überschneidenden Einsatzgebieten, unabhängig von Aspides fortgesetzt.

Gemäß Beschluss des Rates der EU besteht der Auftrag der Mission im Schutz der Freiheit der Schifffahrt und des Seeverkehrs im vergleichsweise breit gefassten Einsatzgebiet. Dieses umfasst die Meerengen Bab al-Mandab und Straße von Hormus sowie die internationalen Gewässer im Roten Meer, im Golf von Aden, im Arabischen Meer, im Golf von Oman und im Persischen Golf. Das Hauptquartier der Mission wird in Larissa, Griechenland, eingerichtet und von einem griechischen Admiral geführt werden. Die operative Führung obliegt einem italienischen Admiral, der mit seinem Stab auf dem im Roten Meer operierenden Zerstörer *CAIO DUILIO* eingeschifft ist. Neben dem italienischen Schiff beteiligen sich Griechenland, Frankreich, Deutschland und Belgien zunächst mit je einer Fregatte. Grundsätzlich sieht die EU-Mission den gleichzeitigen Einsatz von mindestens vier Schiffen sowie Begleitflugzeugen und Hubschraubern vor. Das Mandat der EUNAVFOR Aspides sieht eine enge Abstimmung mit der Operation *Prosperity Guardian* einerseits und der EUNAVFOR Atalanta andererseits vor und lässt zudem eine künftige Teilnahme von nicht-EU-Staaten zu.

Militärische Lage im Roten Meer

Die Huthis kontrollieren einen etwa 300 Kilometer langen Küstenstreifen des Roten Meeres, der sich etwa von der Höhe der Hanisch-

Inseln bis fast an die Grenze zu Saudi-Arabien erstreckt. Von Positionen direkt an der Küste und Abschussvorrichtungen, die teilweise gut 100 Kilometer landeinwärts gelegen sind, greift die Miliz seit dem 19. Oktober 2023 Handelsschiffe und Kriegsschiffe, vor allem im südlichen Teil des Roten Meeres und im Golf von Aden mit unterschiedlichsten Waffensystemen an. Bis Anfang Februar sind über 30 Angriffe auf zivile und militärische Schiffe dokumentiert.⁵ Die drei wesentlichen Kategorien an Flugkörpern, die von den Huthis gegen Seeziele eingesetzt werden, sind ballistische Raketen, Marschflugkörper und Drohnen mit einem bestätigten Reichweitespektrum von bis zu 800 Kilometern. Das *International Institute for Strategic Studies* (IISS) führt jeweils sechs Typen ballistischer Raketen und Marschflugkörper auf. Dabei handelt es sich um Systeme aus sowjetischer, chinesischer und vor allem iranischer Produktion, die teilweise für den Einsatz gegen Seeziele optimiert wurden.⁶ Darüber hinaus verfügen die Huthis über Drohnen, die größtenteils zu den im Nahen und Mittleren Osten verbreiteten Typenfamilien iranischen Ursprungs *Samad* oder *Shahed* gehören. Diese werden zur Aufklärung oder als *loitering weapon* („lauernde Waffe“), also im Kamikazeverfahren, eingesetzt.⁷ Während die Miliz diese Drohrentypen mit einer zuverlässigen Reichweite von mehreren hundert Kilometern seit Jahren im jemenitischen Bürgerkrieg einsetzt, erfolgte Mitte Februar 2024 erstmals ein Angriff gegen ein Kriegsschiff der US-Marine mit einem unbemannten Unterwasserfahrzeug, einer sogenannten ‚Unterwasserdrohne‘ (Englisch: *Unmanned Underwater Vehicle*, UUV). Zwar konnte diese durch das US-amerikanische Schiff abgewehrt werden, dennoch stellt der Einsatz, der im Verbund mit zeitgleich anfliegenden Marschflugkörpern und einer ballistischen Rakete

⁴ Europäische Union 2024: Beschluss (GASP) 2024/583 des Rates, Amtsblatt der Europäischen Union, 08.02.2024, in <https://t.ly/Oz9PN> [26.02.2024].

⁵ Scarr, Simon, Arranz, Adolfo, Saul, Jonathan, Huang, Han und Chowdhury, Jitesh 2024: Red Sea attacks. How Houthi militants in Yemen are attacking ships in one of the world's busiest maritime trade routes, Reuters, 02.02.2024, in <https://t.ly/I96r> [26.02.2024].

⁶ Hinz, Fabian 2024: Houthi anti-ship missile systems: getting better all the time, International Institute for

Strategic Studies (IISS), 08.01.2024, in https://t.ly/zdf_2 [26.02.2024].

⁷ Sabbagh, Dan 2024: Deadly, cheap and widespread: how Iran-supplied drones are changing the nature of warfare, The Guardian, 02.02.2024, in <https://rb.gy/9csg9q> [26.02.2024] und Jalal, Ibrahim 2024: The Houthis' Red Sea missile and drone attack: Drivers and implications, Middle East Institute, 20.10.2023, in <https://rb.gy/te48g4> [26.02.2024].

erfolgte, eine neue Qualität der Angriffe dar.⁸ Bereits Anfang Januar dieses Jahres hatten die Huthis erstmals ein unbemanntes Oberwasserfahrzeug, auch als Drohnenschiff (Englisch: *Unmanned Surface Vehicle*, USV) bezeichnet, zum Einsatz gebracht.⁹

Abgesehen von den anhaltenden Versuchen, Schiffe mittels Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen zu beschädigen oder zu versenken, hat die Miliz in der Anfangsphase des Konflikts mehrfach versucht, Handelsschiffe zu kapern. So gelang es den Huthis am 19. November 2023 unter Einsatz von kleinen Schnellbooten und einem mittleren Transporthubschrauber vom Typ Mi-17 das von einer japanischen Firma gecharterte Autofrachtschiff *Galaxy Leader* zu entern und zu entführen. Infolge des Eingreifens der US-Marine scheiterte acht Tage später ein weiteres Kapermanöver nach zunächst erfolgreicher Inbesitznahme des Tankschiffs *Central Park*.

Die vor Ort eingesetzten internationalen Seestreitkräfte, deren Auftrag im Kern darin besteht, die Beschädigung oder den Totalverlust von Handelsschiffen auf der Suezkanalroute zu verhindern, sehen sich also mit einer komplexen Operationsführung des Gegners konfrontiert. Zunächst besteht eine ernstzunehmende Eigenbedrohung für die Kriegsschiffe der internationalen Koalition. Bis dato konnten die eingesetzten Fregatten und Zerstörer zwar sämtliche gegen sie gerichteten Flugkörper und Wasserfahrzeuge abwehren, jedoch steigt die Gefährdung einer Einheit, je mehr Systeme unterschiedlichen Typs der Gegner gleichzeitig abfeuert. Was die Gefährdung der Handelsschiffe durch Entführung anbelangt, so ähnelt das Szenario sehr stark der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika in der zurückliegenden Dekade und scheint beherrschbar. Der Einsatz von eingeschifften Marineinfanteristen oder Spezialkräften auf den zu schützenden

Handelsschiffen ist zwar aufwendig, lässt sich aber mit Blick auf Kosten und Personalaufwand bewerkstelligen. Schwieriger hingegen gestaltet sich die Verteidigung ziviler Schiffe gegen Raketen, Marschflugkörper und Drohnen. Sobald ein Handelsschiff nicht in unmittelbarer Nähe zu einer Fregatte oder einem Zerstörer fährt, kann es nicht durch die Nahbereichsverteidigungssysteme des Kriegsschiffes geschützt werden. In diesem Fall, der aufgrund der Größe des Seegebietes und der Vielzahl an zu schützenden Schiffen die Regel darstellt, setzen die Fregatten oder Zerstörer ihre schiffsgestützten Boden-Luft-Raketen (Flugabwehrraketen) ein. Die Marineschiffe, die derzeit im Roten Meer und Golf von Aden operieren, sind also vor allem auf Luftverteidigung und Flugabwehr spezialisiert und verfügen entsprechend über weitreichende Radare und Senkrechtstartanlagen für Flugkörper, aus denen Flugabwehrraketen mit Reichweiten von bis zu 200 Kilometern abgeschossen werden können. Die US-Marine setzt vor allem Raketen des ebenfalls in einigen europäischen Marinen verwendeten Typs SM-2 (Standard Missile 2) oder deren Nachfolger SM-6 ein, was in Expertenkreisen zu einer Debatte über die Kosten der Abwehrmaßnahmen im Vergleich zu den Kosten für den Angreifer geführt hat. Eine SM-2 hat einen Stückpreis von 2 Million US-Dollar, während der Preis für eine Kamikaze-Drohne je nach Typ zwischen 2.000 und 20.000 US-Dollar geschätzt wird.¹⁰ Zu Recht wird darauf verwiesen, dass nicht nur die Kosten von Abwehrraketen und angreifenden Flugkörpern gegeneinander aufzurechnen sind, sondern auch der Wert des einzelnen geschützten Handelsschiffes einzubeziehen ist.¹¹ Dennoch ist die gegenwärtige Ökonomie des Krieges im Roten Meer aus Sicht der US-Marine und ihrer Verbündeten insofern problematisch, als das die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden geeigneten Abfangraketen in den Arsenalen nicht

⁸ Barnes, Julian E. 2024: U.S. Says It Struck 5 Houthi Targets in Yemen, Including an Underwater Drone, The New York Times, 18.02.2024, in <https://rb.gy/2fq7kw> [26.02.2024].

⁹ Copp, Tara 2024: Houthis launch sea drone to attack ships hours after US, allies issue final warning, AP News 05.01.2024, in <https://rb.gy/3lw6g7> [26.02.2024].

¹⁰ Seligman, Lara und Berg, Matt 2023: A \$2M missile vs. a \$2,000 drone: Pentagon worried over cost of Houthi

attacks, Politico, 19.12.2023, in <https://rb.gy/6wjzq1> [26.02.2024] und Rumbaugh, Wes 2024: Cost and Value in Air and Missile Defense Intercepts, Center for Strategic & International Studies (CSIS), 13.02.2024, in <https://shorturl.at/CHSVY> [26.02.2024].

¹¹ Geiger, Waldemar 2024: Die falsche Kosten-Nutzen-Rechnung der Flugabwehr, Hartpunkt, 20.02.2024, in <https://shorturl.at/cnwIS> [26.02.2024].

unerschöpflich ist und auch die Produktionskapazitäten (noch) relativ begrenzt sind.¹² Das heißt, dass die US-Marine und ihre Partner Gefahr laufen, genau die Waffensysteme – in größerer Zahl als die gegenwärtige Nachproduktion dies kompensiert – zu verbrauchen, die in möglichen Auseinandersetzungen an den NATO-Flanken im Osten oder Norden, im Persischen Golf, der Taiwanstraße oder der koreanischen Halbinsel besonders gefragt wären.

Genau vor diesem Hintergrund – und nicht etwa mit der Intention zu eskalieren oder zu vergelten – erklären sich die Angriffe der USA und Großbritanniens auf Landziele im Jemen. Das Kalkül besteht darin, die Gesamtzahl der angreifenden Flugkörper auf den Schiffsverkehr an der Suezkanalroute durch Zerstören der Abschussbasen und Munitionslager zu reduzieren und somit die Kosten für die Abwehrmaßnahmen zu senken. In dem Kontext ist auch die Aufklärung der logistischen Infrastruktur der Huthi-Miliz und die Unterbindung von Nachschub an Flugkörpern und Wasserfahrzeugen, der offenbar seitens des Iran und möglicherweise auch Nordkorea erfolgt,¹³ von Bedeutung. Zwei Soldaten der US Navy Seals kamen Mitte Januar beim Aufbringen eines Schiffes, das mutmaßlich Nachschub für die Huthis an Bord hatte, ums Leben. Beim Aufklärungseinsatz über dem Jemen gingen zuletzt zwei Drohnen vom Typ MQ-9 Reaper verloren, weil die Huthis mittlerweile anscheinend über eine Luftverteidigung verfügen, die selbst solch sehr hoch fliegende Ziele bekämpfen kann.

Deutschlands Beitrag

Noch im März 2023 hieß es seitens eines hochrangigen Vertreters des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) am Rande einer KAS-Veranstaltung, dass eine Rückkehr der Bundeswehr ans Horn von Afrika

nahezu auszuschließen sei. Nun beschloss der Deutsche Bundestag am 23. Februar 2024 ein wie üblich auf ein Jahr begrenztes Mandat, das den Einsatz von bis zu 700 deutschen Soldaten vorsieht. Im Wesentlichen besteht der Auftrag im Schutz von Schiffen gegen multidimensionale Angriffe auf See innerhalb des von Aspides definierten Einsatzgebietes. Jedoch erklärt der Mandatstext: „Die exekutive Aufgabe des Schutzes von Schiffen gegen multidimensionale Angriffe ist im Seegebiet nördlich des Breitengrades von Maskat im Golf von Oman, in der Straße von Hormus und im Persischen Golf nicht auszuüben und hiermit ausgeschlossen.“¹⁴ Die Einsatzgebiete von EU-Mission und Bundestagsmandat sind deckungsgleich, mit der Einschränkung, keine Waffengewalt in dem oben genannten Seegebiet einsetzen zu dürfen.



NordNordWest via Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Mandatsgebiet EUNAVFOR Aspides mit Breitengrad nördlich dessen im Arabischen Meer und Persischen Golf ein Waffeneinsatz durch die Bundeswehr ausgeschlossen ist.

In den Planungen des BMVg stand sehr schnell fest, dass der deutsche militärische Beitrag in der Entsendung einer für die Luftverteidigung besonders befähigten Einheit bestehen muss. Hierfür kamen vor allem die als Luftverteidigungsfregatten bezeichneten drei Einheiten der Klasse F124 (nach dem Typschiff auch „Sachsen-Klasse“) in Frage. Folglich wurde die Fregatte Hessen, obwohl erst kurz vor

¹² Die gegenwärtigen Produktionskapazitäten liegen bei 125 pro Jahr und sollen bis 2026 auf 200 ansteigen, vgl. Department of Defense 2023: Selected Acquisition Report (SAR) Standard Missile-6 (SM-6), 09.05.2023, in <https://t.ly/H2vdZ> [26.02.2024].

¹³ Yeo, Andrew 2024: Expect to see more North Korean weapons reach nonstate armed actors in 2024,

Brookings, 21.02.2024, in <https://shorturl.at/ftL13> [26.02.2024].

¹⁴ Deutscher Bundestag 2024: Antrag der Bundesregierung. Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR ASPIDES. Drucksache 20/10347, 16.02.2024, in <https://shorturl.at/ijqAC> [26.02.2024].

Weihnachten 2023 von einem fünfmonatigen Einsatz als Flaggschiff der *Very High Readiness Joint Task Force (Maritime)*, VJTF (M), der NATO zurückgekehrt, frühzeitig für die Entsendung ins Rote Meer ausgewählt. Gegenwärtig bereitet sich bereits das Schwesterschiff, die Fregatte Hamburg, darauf vor, die Hessen im April abzulösen und die Durchhaltefähigkeit vor Ort von deutscher Seite zumindest bis zum Sommer sicherzustellen. Jedoch fehlen diese Schiffe der Marine für die Wahrnehmung von Aufgaben im Kontext der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) beziehungsweise der Abschreckung Russlands im Ostseeraum und Nordatlantik.

Für die Beteiligung an Missionen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes beziehungsweise für Einsätze in asymmetrischen Konfliktszenarien hat die deutsche Verteidigungspolitik vor allem die Schiffe der neueren Klasse F125 („Baden-Württemberg-Klasse“) vorgesehen. Diese Fregattenklasse wurde in einer Zeit konzipiert, als die Bundeswehr stark von den Einsätzen in Afghanistan (ISAF und OEF), der Überwachungsmission vor der libanesischen Küste (UNIFIL) und der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika (EUNAVFOR Atalanta) geprägt war. Die Schiffe sind für ein breites Einsatzspektrum und eine sehr lange Stehzeit im Einsatzgebiet konzipiert, verfügen jedoch über keine Senkrechtstartanlage für den Abschuss von schiffgestützten Boden-Luft-Raketen. Angesichts der damaligen Annahme, dass nicht-staatliche Akteure wie die Taliban oder die Hisbollah über keine nennenswerten Fähigkeiten zur Luftkriegführung verfügen, wurden die Bereiche Flugabwehr und Luftverteidigung nicht nur im deutschen Heer, sondern ebenso bei der Marine sträflich vernachlässigt.¹⁵

Den waffentechnischen Entwicklungen, beispielsweise in der Drohnenkriegführung, auch bei nicht-staatlichen Gewaltakteuren, wurde offenbar zu wenig Bedeutung beigemessen. Dies

verwundert wenig angesichts der jahrelangen deutschen Debatte über die Einführung eigener Drohnensysteme.¹⁶ Hier gilt der alte Grundsatz, dass es kaum möglich ist, effektive Abwehrmaßnahmen gegen Waffensysteme zu entwickeln, die man selbst nicht beherrscht, weil man erst gar nicht über sie verfügt. *De facto* ist mittlerweile offenkundig, dass sogar Auseinandersetzungen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren, also asymmetrische Konflikte, von so hoher Intensität sein können, dass Schiffstypen eingesetzt werden müssen, von denen eigentlich schon für die Landes- und Bündnisverteidigung – die man ja glaubte, nicht mehr leisten können zu müssen – zu wenige zur Verfügung stehen. In diesem Kontext erklärt sich auch die Aussage des Marineinspektors, Jan Christian Kaack, bei der Historisch-Taktischen Tagung der Marine im Januar: „Allein mit Blick auf die aktuellen Munitionsverbräuche unserer Partner bei der Operation *Prosperity Guardian* mache ich mir große Sorgen um die Durchhaltefähigkeit unserer Einheiten – und bei den Aktivitäten im Roten Meer sprechen wir noch nicht von LV/BV!“ Hintergrund dieser Aussage ist offenbar die relativ geringe Bevorratung an Flugabwehrraketen vom Typ SM-2 in Deutschland. Da die Produktion dieses Raketentyps zugunsten der Nachfolgeversion vor einiger Zeit eingestellt wurde, ist eine Nachbeschaffung nicht ohne Weiteres möglich. Der Nachfolgetyp ist bis dato noch nicht in die Marine eingeführt worden. So bleibt abzuwarten, wie lange sich Deutschland mit den nur drei zur Verfügung stehenden Luftverteidigungsfregatten in die Mission *Aspides* einbringen kann.

Huthis unbeirrt, regionale Staaten in der Zwickmühle

Trotz der verstärkten internationalen Präsenz in den Gewässern vor dem Jemen sowie US-amerikanischen und britischen Luftschlägen, die in der ersten Angriffswelle etwa 30 Prozent der

¹⁵ Die Außerdienststellung der Heeresflugabwehrtruppe im Jahr 2012, die Nichtwahrnehmung der Option zum Bau einer vierten Einheit der Sachsen-Klasse und die Konzipierung der Baden-Württemberg-Klasse ohne Senkrechtstartanlage verdeutlichen, dass Bedrohungsszenarien im Kontext von Luftkriegführung lange Zeit unterschätzt wurden.

¹⁶ Szymanski, Mike 2020: SPD will doch keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr, Süddeutsche

Zeitung, 08.12.2020, in <https://shorturl.at/czGJ5> [26.02.2024] und Deutscher Bundestag 2024: Antrag der Bundesregierung. Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR ASPIDES. Drucksache 20/10347, 16.02.2024, in <https://shorturl.at/ijqAC> [26.02.2024].

Offensivfähigkeiten der Huthis zerstörten, verfolgt die radikalislamische Miliz bislang weiter unbeirrt ihren Konfrontationskurs. Dies liegt erstens am innenpolitischen Kalkül der Huthi-Führung um Abdulmalik al-Houthi. Mit dem propagierten Widerstand gegen Israel kann sie einfach punkten und angesichts der katastrophalen humanitären Lage in den von ihnen kontrollierten Gebieten und ihrer über ein Jahr andauernden Hinhaltetaktik bei Waffenstillstandsverhandlungen mit Saudi-Arabien nun von eigenen Problemen ablenken. Dadurch kann sich die Führung bei der notorisch israelkritischen Bevölkerung, wie auch in der weiteren Region, profilieren.

Zweitens sind die militärischen Strukturen der Huthis nach den beinahe zehn Jahren Bürgerkrieg so resilient, dass deren Schwächung oder Zerstörung unter den limitierten *Rules of Engagement* der USA und Großbritanniens nur begrenzt möglich ist. Schon beim Luftkrieg der saudisch geführten Militärkoalition gegen die Huthis ab 2015, der größtenteils auf nachrichtendienstliche Informationen, Aufklärung sowie Zielerfassung durch US-amerikanische Streitkräfte angewiesen war, konnten die Huthis militärisch nicht entscheidend geschlagen werden. Durch substantielle iranische Waffenlieferungen, Ausbildung durch Militärberater der libanesischen Hisbollah und jahrelange Kampferfahrung ist die Effektivität und Widerstandsfähigkeit der Raketeneinheiten der Huthis zuletzt noch gestiegen.

Letztlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Huthis für Teheran ein essentieller Baustein in seiner Reaktion auf den Krieg im Gaza-Streifen bleiben. Über die exakte Form der Koordination zwischen Iran und den Huthis besteht in Expertenkreisen Uneinigkeit. Westliche Nachrichtendienste gehen davon aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Sana'a und Teheran weniger eng ist als etwa im Falle Irans und der Hisbollah. Vertreter der Huthis befinden sich aber immer wieder zu politischen Gesprächen und auch zu Ausbildungszwecken in Iran. Dies legt, wenn schon keine direkte Anweisung, zumindest einen gewissen Grad der Absprache nahe. Für den Iran war es bislang zwar nicht von Interesse, mithilfe seiner Verbündeten, wie den Huthis, eine breite regionale Eskalation gegen Israel, die USA

oder die Golf-Staaten anzufachen – wohl aber Spannungen auf niedrigem Niveau schwelen zu lassen. Angriffe von schiitischen Milizen im Irak und in Syrien sowie vereinzelte Scharmützel zwischen Hisbollah und Israel an dessen Nordgrenze suggerierte Verbündeten in der Region, dass die „Achse des Widerstandes“ sich zur Wehr setzt, ohne eine entschiedene Gegenreaktion, etwa eine israelische Offensive im Südlibanon, zu riskieren. Iran will in erster Linie über limitierte Gegenangriffe seine politisch-moralische Legitimität erhalten. Die Huthi-Angriffe passen daher exzellent in Teherans Kalkül. Die Islamische Republik wird daher weiterhin ein Interesse daran haben, dass die Huthis ihre Angriffe fortsetzen und sie dabei materiell und ideell unterstützen. In diesem Kontext könnte die bevorstehende israelische Offensive auf den Grenzort Rafah zu einer weiteren Eskalation am Horn von Afrika führen.

Die übrigen Anrainerstaaten des Roten Meeres, allen voran Saudi-Arabien, befinden sich dadurch in einer Zwickmühle. Einerseits kann Riad eine Destabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft, insbesondere der für den eigenen Handel essentiellen Schifffahrtswege, ebenso wenig gebrauchen wie ein Erstarken eines Iran-nahen Akteurs an der eigenen Grenze. Andererseits versucht sich Saudi-Arabien aber an einem politisch-strategischen Balanceakt gegenüber Israel, der das Normalisierungsinteresse des Kronprinzen Mohammed bin Salman mit der muslimischen Führungsrolle Saudi-Arabiens und der erwarteten Unterstützung für die Palästinenser in Einklang bringen muss. Unter keinen Umständen möchte Riad im derzeitigen Kontext den Huthis derart entgegenzutreten, dass dies als Unterstützung Israels missverstanden werden könnte. Aus diesem Grund ist das Königreich, ebenso wie die Vereinigten Arabischen Emirate als zweiter gewichtiger Akteur im Jemen, bislang keiner der internationalen Marinekoalitionen im Roten Meer beigetreten. Ohnehin versucht Saudi-Arabien bereits seit Längerem, die ungeliebte Militärintervention in seinem südlichen Nachbarn Jemen zu beenden und meidet daher schon seit Frühjahr 2022 eine direkte militärische Konfrontation mit den Huthis.

Der einzige Golf-Staat, der bisher offiziell an *Prosperity Guardian* beteiligt ist, bleibt somit Bahrain. Das Königreich hat unter seinen Nachbarstaaten das angespannteste Verhältnis zu Teheran. Iranische Stellen haben die schiitische Mehrheit in Bahrain in der Vergangenheit zur Destabilisierung des Landes benutzt. Trotz einer inoffiziellen Waffenruhe im Jemen wurden außerdem im Herbst 2023 bahrainische Truppen von den Huthis angegriffen, wobei vier Soldaten zu Tode kamen. Zudem dürfte für das Königshaus in Bahrain eine Rolle spielen, dass sich das Hauptquartier der 5. US-Flotte in Manama befindet.

Auch für Dschibuti stellen die Angriffe der Huthis auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer und im Golf von Aden ein Dilemma dar. Die dschibutische Regierung machte früh klar, dass sie die Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt in Israel und in den palästinensischen Gebieten ausschließlich bei der israelischen Seite sieht. Die Angriffe der Huthis bewertet sie als berechtigte Reaktion zur Entlastung der palästinensischen Seite. Folglich hat Dschibuti nicht nur die aktive Unterstützung der Operation *Prosperity Guardian* abgelehnt, sondern auch die Stationierung von Raketensystemen sowie die Nutzung seiner Hafenanlagen für US-amerikanische und britische Schiffe verweigert.¹⁷ Zu groß ist die Befürchtung in einen Schlagabtausch zwischen den Huthis und dem US-Militär hineingezogen zu werden, sobald die USA von dschibutischem Boden aus gegen Ziele im Jemen operieren. Ein Angriff auf US-Einrichtungen in Dschibuti stellt für die Regierung von Präsident Ismail Omar Guelleh das *worst case* Szenario dar. Ironischerweise ist Dschibuti aber gerade von den Einnahmen durch die ausländischen Militärbasen im Land abhängig und sieht sich in Folge der Abnahme des Schiffverkehrs im Roten Meer einer existentiellen Gefährdung seiner ökonomischen Grundlage gegenüber. Die dschibutische Wirtschaft ist in erheblichem Umfang von der Auslastung seiner sechs großen Häfen durch Schiffe, die das Bab al-Mandab passieren, abhängig.

Schlussfolgerungen & Ausblick

Die Annahme, dass eine Rückkehr der Bundeswehr ans Horn von Afrika sehr unwahrscheinlich ist, hat sich als genauso falsch erwiesen, wie die jahrelange Negierung der Notwendigkeit LV/BV zu beherrschen und die Unterschätzung der Bedeutung von Flugabwehr und Luftverteidigung in asymmetrischen Auseinandersetzungen. Nun geht die Marine in den wahrscheinlich gefährlichsten Einsatz der Bundeswehr seit Beendigung des ISAF-Mandats in Afghanistan und setzt hierfür ein Schiff ein, das angesichts der Bedrohung durch Russland eigentlich an ganz anderer Stelle benötigt wird.

Dennoch besteht an der Richtigkeit und Wichtigkeit der Mission, die auf den Schutz elementarer deutscher und europäischer Interessen abzielt, kein Zweifel. Dass Deutschland hierfür eines der am besten befähigten Schiffe der NATO-Partner mit hervorragend ausgebildeter Besatzung zur Verfügung stellen kann, wird auch von internationalen Partnern sehr positiv wahrgenommen. Die Lageentwicklung im Roten Meer zeigt nochmals sehr eindrücklich, wie dringend eine wirkliche Zeitenwende in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik geboten ist. Um in dem gesamten Einsatzspektrum von LV/BV bis hin zum Schutz von Handelswegen gegen nicht-staatliche Akteure substantielle Beiträge in EU oder NATO einzubringen, ist die deutsche Marine viel zu klein. Die erste Möglichkeit, die geringe Anzahl der zur Führung von Gefechten in hochintensivem Spektrum zur Verfügung stehenden Einheiten mittelfristig zu erhöhen, besteht in der Auslösung der Option auf eine fünfte und sechste Einheit der im Bau befindlichen Fregattenklasse F126, die bis Juni 2024 erfolgen müsste.

In der Golf-Region, die vor dem 7. Oktober eigentlich von Deeskalation und vorsichtiger Annäherung zwischen Kontrahenten, insbesondere Saudi-Arabien und Iran geprägt war, stellt die Eskalation im Roten Meer ein wachsendes Risiko für die (noch) anhaltende Stabilität dar. Die Entwicklungen verschärfen die

¹⁷ Die dschibutische Regierung akzeptiert die Stationierung zusätzlicher Luftverteidigungssysteme vom Typ Patriot zum Schutz der US-Amerikanischen

Einrichtungen in Dschibuti, nicht aber den Einsatz von Raketensystemen, die aus dem eigenen Land heraus Positionen der Huthis angreifen.

Lage im Bürgerkrieg im Jemen. Insbesondere die international anerkannte Regierung, die angesichts der Zerstörungen durch den Krieg ohnehin mit einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation zu kämpfen hat, wird durch die beinahe vollkommene Abschnürung ihres wichtigsten Hafens in Aden vom internationalen Handel weiter unter Druck gesetzt. Dass die Huthis mit Blick auf ihr Waffenarsenal über eine Vielzahl von speziell auf die Bekämpfung von Seezielen ausgelegten Systemen verfügen, die zur Bekämpfung anderer bewaffneter Gruppen im Land nicht notwendig sind, zeigt, dass ihre Verbündeten in Teheran die Miliz vor allem als Abschreckungsinstrument gegen Saudi-Arabien sowie die USA einzusetzen versucht. Angesichts des Krieges im Gaza-Streifen werden die Huthi-Angriffe daher aller Voraussicht

nach trotz internationaler Militärpräsenz weitergehen.

Für die Bundeswehr geht damit das Szenario einher, dass deutsche Marineeinheiten auch in weitere regionale Auseinandersetzungen hineingezogen werden könnten. Die USA und ihre Verbündeten setzen bereits seit Jahren immer wieder iranische Tankerschiffe fest, die Sanktionen verletzen, woraufhin Iran willkürlich westliche Schiffe angreift. Sollten sich diese Konfrontationen künftig noch ausweiten, wäre die deutsche Marine auch im Persischen Golf gefordert. Während EUNAVFOR Aspides dieses Gebiet bereits abdeckt, ermöglicht das Bundeswehrmandat solche Einsätze bislang noch nicht und müsste im Zweifel rasch ausgeweitet werden. Hiermit kommt bereits die nächste politische Herausforderung auf Berlin zu.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nils Wörmer
Leiter Regionalprogramm Sicherheitspolitischer Dialog Ostafrika
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

nils.woermer@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)